

# WIR MACHEN DAS KLAR.



GRÜNE ZEITUNG FÜR OLDENBURG ZU DEN KOMMUNALWAHLEN AM 11. SEPTEMBER 2011

## GRÜNE LISTE

### SEBASTIAN BEER WAHLBEREICH 1, LISTENPLATZ 1



Für Ratsherrn Sebastian Beer (30) ist der gravierende Wohnraumangel ein zentrales Thema der nächsten Ratsperiode. Sein Hauptaugenmerk gilt hierbei einer umwelt- und sozialverträglichen Wohnraumschaffung, die sich ins Stadtbild einpasst und den Denkmalschutz hoch hält – dem innerstädtischen Wohnen und einer visionären Entwicklung der Donnerschwee-Kaserne misst er hohe Bedeutung bei. Da er aus inhaltlicher Überzeugung den kleinteiligen Einzelhandel bewahren möchte, hatte er mit der »Bl gegen Stadtzerstörung« das Bürgerbegehren gegen das ECE unterstützt. Der Wahlbetrug von CDU und OB Schwandner ist für ihn der entscheidende Grund, einen Abwahlantrag gegen den Oberbürgermeister zu fordern.

sebastian.beer@gruene-oldenburg.de

### ANNELEN MEYER WAHLBEREICH 2, LISTENPLATZ 1



Göttingen, Paris, Bristol, Madrid Annelen Meyer (25) hat während des Studiums der Fächer Politik/Wirtschaft und Französisch intensiven Kontakt zu anderen Kulturen knüpfen können. Wohl auch deshalb liegen die politischen Schwerpunkte der Referendarin für das Lehramt an Gymnasien bei der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere in Hinblick auf die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch Flüchtlingspolitik ist ihr eine Herzensangelegenheit. Schon früh engagierte sie sich für diese und andere Themen durch die Gründung der Grünen Jugend Göttingen und der Mitarbeit im Landesvorstand der Grünen Jugend Niedersachsen sowie bei deren Zeitschrift IGEL.

annelen.meyer@gruene-oldenburg.de

### DR. ARMIN FRÜHAUF WAHLBEREICH 3, LISTENPLATZ 1



Unser Jurist, Richter und Vizepräsident des Landgerichts, mit langjähriger Berufserfahrung auch im Ausland, steht für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in Verwaltung und Rat. Daneben ist er im Natur- und Landschaftsschutz engagiert und Vorstandsmitglied von »LIVE« [www.laermschutzimverkehr.de](http://www.laermschutzimverkehr.de). Sein Thema ist die Belastung durch Oldenburger Autobahnen, Durchgangs- und Wohnstraßen und vor allem der ab 2012 zu erwartende Güterverkehr von und zum Jade-Weser-Port. Er fordert nicht nur den von Bund und Land versprochenen Lärmschutz, sondern auch eine Güterverkehrsumgehungstrasse, wie sie z.B. die Gemeinde Sande (Landkreis Friesland) mit Erfolg durchgesetzt hat.

armin.fruehauf@gruene-oldenburg.de

## LÄRM MACHT KRANK

Für ein nachhaltiges Konzept zum Schutz der Oldenburgerinnen und Oldenburger

Nach einer im April 2011 vorgestellten Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen (WHO) ist der stetig wachsende Verkehrslärm nicht nur eine Belästigung, sondern verursacht Herz-Kreislauferkrankungen und Herzinfarkte »Lärm ist (...) eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit«, heißt es in einer kommentierenden Stellungnahme der WHO, »(...) wir hoffen, dass die neuen Befunde die Regierungen und örtliche Behörden dazu veranlassen werden, Lärmschutzkonzepte auf nationaler und lokaler Ebene einzuführen und so die Gesundheit der Europäer vor der wachsenden Gefahr zu schützen.«

Oldenburg ist durch Verkehrslärm stärker gefährdet als andere deutsche Städte. Große Teile Oldenburgs sind durch die mitten durch die Stadt führende, hochgelegte Autobahn, dem permanenten Verkehrslärm ausgesetzt. Nun droht Oldenburg eine weitere Verschlechterung der Situation. Mit der Aufnahme des Jade-Weser-Ports (JWP) am 5. August 2012 werden – ohne weiteren Schutz für die Oldenburgerinnen und Oldenburger, Tag und Nacht

zusätzliche Massen an Gütern durch Güterzugverkehr transportiert werden – mitten durch die Ofenerdiek, Alexandersfeld, Dietrichsfelde, Bürgerfelde, das Ziegelhof- und Haareneschviertel, den Pferdemark sowie den Hauptbahnhof, dann über die alte Huntebrücke durch Osternburg und Tweelbäke und wieder zurück.

Der die Nachtruhe besonders störende Güterzugverkehr im Takt weniger Minuten kann Spitzenbelastungen bis zu 100 dBA erreichen. Geht es nach dem Willen der Verantwortlichen in Bund und Land (Bundesbahn, Bundesregierung und Landeregierung Niedersachsen), soll dies ohne jeglichen Schutz geschehen. CDU und FDP in Bund und Land möchten sich an die schriftlich gegebenen Zusagen zum Lärmschutz vor Aufnahme des JWP nicht mehr halten. Damit dürfen sie nicht durchkommen. Im Rat der Stadt Oldenburg haben zwar alle Parteien einstimmig beschlossen, dass sich die Stadt an den Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Oldenburg beteiligt und bis zur Installation von



Lärmschutzwänden Nachfahrverbote und Geschwindigkeitsreduzierung wirksam einzufordern sind. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Juli 2011, dies nun auch konkret umzusetzen, ist allerdings nicht auf die Tagesordnung des letzten Rates von der Sommerpause aufgenommen worden. Wir Bündnisgrünen müssen daher die Ernsthaftigkeit der anderen Ratsparteien anzweifeln, an einer effektiven Lösung der Lärmproblematik mitzuwirken. Wir stehen für die Einlösung des

versprochenen Lärmschutzes – gegebenenfalls auch durch eine Klage der Stadt Oldenburg – und zugleich eine nachhaltige Lösung durch eine Güterverkehrsumgehungstrasse.

2013 wird in Bund und Land, den beiden Stellen, die für die gebrochenen Versprechungen zur Einlösung der Zusagen verantwortlich sind, gewählt. Wir jedenfalls lassen uns an unseren Aussagen auch nach der Wahl messen. ■

**Dr. Armin Frühauf**  
Wahlbereich 3, Listenplatz 1

## KLIMASCHUTZ NICHT VERSCHIEBEN

Eine enkeltaugliche Energieversorgung für Oldenburg jetzt angehen



In vielen Kommunen laufen derzeit die Konzessionsverträge für Gas und Strom aus, in Oldenburg endet dieser Vertrag 2013. Dabei handelt es sich um Verträge über die Nutzung für das Verlegen und Betreiben von Strom- und Gasnetzen auf öffentlichem Grund und Boden. Die Kommunen erhalten dabei Pacht, eine so genannte Konzessionsabgabe und diese Verträge haben eine Laufzeit von in der Regel zwanzig Jahren. Laut der Mehrheit des Rates (SPD, CDU, FDP) soll er in Oldenburg ohne umfassende, sachgerechte Prüfung aller wei-

teren Handlungsmöglichkeiten einfach bis 2033 neu abgeschlossen werden, die Energiewende wird bei uns somit zwei weitere Jahrzehnte verschoben. Möglichkeiten, beim unbedingt notwendigen Umbau auf dezentrale Energieversorgung, Eigenenergieerzeugung, Klimaschutz, Energieeinsparung mitzuwirken, werden von vornherein verschenkt. Und – ganz entscheidend – die damit verbundenen finanziellen Vorteile für Oldenburg werden nicht erkannt und ausgeschöpft. Viele Kommunen im Weser-Ems-Gebiet überprüfen im Zusam-

menhang mit den auslaufenden Konzessionsverträgen derzeit ihre Handlungsalternativen, gerade auch die Kommunen mit problematischer Haushaltslage. Häufig sind dort die Verwaltungen selbst aktiv geworden, haben die einmalige Situation erkannt und die Gemeinderäte sachgemäß beraten. Wir Grünen fordern zum Wohle der Stadt Oldenburg die Erstellung eines Gutachtens zur Bewertung aller Möglichkeiten, die der Stadt 2013 zur Verfügung stehen.

### Klimaschutz selbst gemacht

Dezentrale Energieerzeugung und -versorgung – weg von Konzernstrukturen – sind ein Schlüssel zum Erreichen der Klimaschutzziele und Voraussetzung für den Ausstieg aus der Atomenergie. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ermöglicht es inzwischen vielen Bürgern dezentral Energie zu erzeugen. Doch viele sind darüber nicht gut informiert und/oder scheuen die Investition in eine Solaranlage oder ein Mini-Blockheizkraftwerk. Die garantierten Vergütungen für einge-

speisten oder selbst genutzten Strom sind attraktiv und rentieren sich gerade vor dem Hintergrund der steigenden Bezugskosten für Energie. Zudem leisten sie einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Einsparung. Dass Strom dort erzeugt wird, wo er auch gebraucht wird, liegt nicht im Interesse von Stromkonzernen. Die Zahlen sprechen für sich, 2010 lag der Anteil an regenerativem Strom in Oldenburg bei gerade einmal 1,3%. Energie, die eingespart wird, braucht nicht erzeugt werden. Auch hier liegt in Oldenburg ein bisher zu wenig genutztes großes Einsparpotential, insbesondere bei der Wärmeenergie. So sind noch viele Häuser in Oldenburg unzureichend gedämmt.

Wir Grünen unterstützen in der kommenden Ratsperiode die sofortige Umsetzung des bereits erstellten integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes (inEEK) der Stadt Oldenburg. ■

**Jürgen Diekmann**  
Wahlbereich 4, Listenplatz 2  
**Oliver Schmale**  
Wahlbereich 6, Listenplatz 2  
**Sven Bredehorn**  
Wahlbereich 2, Listenplatz 4

### ANDREA HUFELAND WAHLBEREICH 6, LISTENPLATZ 1



Nah an den alltäglichen Freuden und Sorgen von Familien mit besonderen Kindern ist Andrea Hufeland (54). Schon immer ist das Thema Inklusion und individuelle Förderung für die diplomierte Pädagogin und Lerntherapeutin ein wichtiges Anliegen.

Das spiegelt sich auch in ihrem Engagement für den von ihr mitgegründeten Verein HARFE und ihrer dortigen langjährigen Arbeit wieder. Mit ihrer Überzeugung »Unterschiedlichkeit ist kein Problem, sondern eine Bereicherung«, möchte Andrea Hufeland die kommende Ratsperiode aktiv und verantwortungsvoll mitgestalten.

[andrea.hufeland@gruene-oldenburg.de](mailto:andrea.hufeland@gruene-oldenburg.de)

### ALEXANDRA REITH WAHLBEREICH 4, LISTENPLATZ 1



Als Diplom-Pädagogin und Lehrende für Soziale Arbeit an der Hochschule Emden interessiert sich Ratsfrau Alexandra Reith (40) besonders für alternative Schulmodelle und demokratische Schulkultur. Politisch engagiert sie sich für die Integration von Minderheiten und Randgruppen, eine familienfreundliche Stadt, umweltverträglichen Verkehr, Frauenförderung, Bürgerbeteiligung und eine risikoarme Finanzpolitik.

[alexandra.reith@gruene-oldenburg.de](mailto:alexandra.reith@gruene-oldenburg.de)

### ALEXANDER BROEL WAHLBEREICH 5, LISTENPLATZ 1



Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit. Ratsherr und Sozialausschussmitglied Alexander Broel (44) setzt sich daher für ein ganzheitlich gesundes Leben ein. Dafür ist er aktiv im »Arbeitskreis Gesundheitspolitik« und in der Oldenburger Gesundheitskonferenz, Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters und damit Ansprechpartner für Leistungsempfänger. Als Mitinitiator der »Stabsstelle Demographie« ist es ein Hauptanliegen, den demographischen Wandel in allen Facetten zu gestalten. Zudem engagiert er sich im Bereich Verkehr für Anlieger, z.B. bei Radwegen und Verkehrsberuhigung.

[alexander.broel@gruene-oldenburg.de](mailto:alexander.broel@gruene-oldenburg.de)

### SUSANNE MENGE WAHLBEREICH 1, LISTENPLATZ 2



Globales und vernetztes Lernen ist der Lehrerin am Gymnasium Susanne Menge (51) besonders wichtig. Dafür setzt sie sich für das niedersächsische Pilotprojekt »Globales Lernen« und den Afrikatag »Oldenburger Schulen für Afrika« ein. Im kommunalpolitischen Bereich sammelte sie bereits zahlreiche Erfahrungen. Auf dieser Ebene sind der vielseitigen Sportlerin die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie die kommunale Verkehrspolitik wichtig.

[susanne.menge@gruene-oldenburg.de](mailto:susanne.menge@gruene-oldenburg.de)

Vierorts gibt es sie schon, häufig genug in ausgezeichneter Qualität. Um dem tatsächlichen Bedarf an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige gerecht zu werden, fehlt es jedoch noch an allen Ecken und Enden. Und auch die Nachmittagsangebote in den Grundschulen reichen bei weitem noch nicht aus. Die Oldenburger Grünen werden sich daher auch in den kommenden fünf Jahren im Stadtrat für eine Verbesserung der Kinderbetreuung einsetzen.

### Das Ziel muss ehrgeizig sein

Dass Oldenburg wie alle Städte und Gemeinden gesetzlich dazu verpflichtet ist, spätestens bis zum Kindergartenjahr 2013/14 ein »bedarfsgerechtes« Betreuungsangebot für die unter Dreijährigen zu schaffen, ist schön und gut. Mit der bisherigen Politik, jedes Jahr acht neue Krippengruppen auf den Weg zu bringen, ist der Grundstein für eine bessere Versorgung auch bereits gelegt. Uns ist das nicht ehrgeizig genug.

Denn anderswo mag die im Gesetz festgelegte Quote, für 35 Prozent der unter dreijährigen Kinder Betreuungsplätze zu schaffen, ausreichen. In Oldenburg ist die Lage eine andere. Oft genug haben wir darauf hingewiesen. Inzwischen geht auch die Stadtverwaltung davon aus, dass Betreuungsplätze für 47 Prozent der Kinder im Krippenalter gebraucht werden. Wenn die Prognosen stimmen, fehlen in zwei Jahren rund 580 Plätze. Für den weiteren Ausbau werden erhebliche Investitionsmittel benötigt. Weil es nicht sein kann, dass die Mittel alleine von der Stadt aufgebracht werden müssen, fordern

wir entsprechende Unterstützung vom Land.

Doch es geht nicht nur um die Anzahl der Betreuungsplätze. Die Tagesbetreuung ist Teil der (früh-) kindlichen Bildung sowie eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit Eltern die Angebote »ruhigen Gewissens« wahrnehmen können, setzen wir uns für Öffnungszeiten ein, die dem Bedarf berufstätiger Eltern entspricht. Die Elternbeiträge müssen nach dem Prinzip »gleicher Preis für gleiche Leistung« erhoben werden, egal ob es sich um eine Einrichtung der Stadt, der Kirchen oder eines freien Trägers handelt. An dem Ziel, die Gruppengröße in den Kindergärten von derzeit 25 Kindern zu reduzieren, muss aus pädagogischen Gründen festgehalten werden. Außerdem darf es keine Verschlechterungen bei der Personalausstattung geben. Der Oldenburger Qualitätsstandard sieht bisher eine dritte Fachkraft in den Krippengruppen vor. Dieser Standard muss erhalten bleiben. Nicht zuletzt wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um behinderte Kinder in die wohnortnahe Kindertagesstätte aufnehmen zu können, wenn ihre Eltern es wünschen.

### Grundschule muss sich ändern

Wenn wir Grüne einen der Schwerpunkte unserer Arbeit in den kommenden fünf Jahren auf die Betreuung, Erziehung und Bildung legen, denken wir dabei allerdings nicht nur die Kleinsten. Immer mehr Eltern benötigen auch für ihre Kinder im Grundschulalter ein verlässliches Angebot. Die Nach-



frage steigt rasant. Zurzeit fehlen weit über 300 Nachmittagsbetreuungsplätze.

Mit dem neuen Konzept der »Kooperativen Ganztagsbildung an Grundschulen« bringt die Stadt nun die Erfahrungen des Fachpersonals in den Schulen mit dem Know-how der freien Träger zusammen, um eine Basis für die Betreuung und Erziehung aller Grundschul Kinder auch am Nachmittag zu bieten. Das Angebot an die Kinder reicht von Gruppenaktivitäten über Arbeitsgemeinschaften und Sportangebote bis zur Hausaufgabenhilfe.

So viel lässt sich sagen: Oldenburg geht mit der kooperativen Ganztagsbildung an Grundschulen den richtigen Weg. Das begrüßen wir ausdrücklich, denn wir wissen, andere Städte und Gemeinden sind längst nicht so weit.

### Familie und Beruf gehören zusammen

Doch lediglich drei Grundschulen werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach ab 2012 an dem Modell beteiligen. Das Problem der

fehlenden Nachmittagsbetreuung ist damit also längst nicht gelöst. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, diesen Mangel wesentlich schneller abzubauen, damit die viel beschworene Formel von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht für die Mehrheit der Eltern eine Farce bleibt. Mütter und Väter sollen nicht an der Ausübung ihrer Berufstätigkeit gehindert werden, weil es an guten Betreuungs- und Bildungsangeboten für ihre Kinder fehlt. Dazu ist es erforderlich, dass sich das Land mit ausreichenden finanziellen Mitteln an den Kosten beteiligt.

Heute weiß noch niemand, wie viele Grundschulen den Weg zu einer kooperativen Ganztagsbildung in den nächsten Jahren einschlagen und ob der städtischen Haushalt das auf lange Sicht überhaupt verkraftet. Wir wissen nur, im Interesse der Kinder und deren Eltern werden wir nicht nachlassen, für eine ausreichende Betreuung, Erziehung und Bildung aller Kinder in Oldenburg zu kämpfen.

**Rita Schilling**  
Wahlbereich 2, Listenplatz 3

# ZUKUNFT: BILDUNG

## Chancengerechtigkeit beginnt in der Schule!

Bildungsgerechtigkeit ist das zentrale Zukunftsthema. Eltern wissen, dass durch eine gute Bildung entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft ihrer Kinder getroffen werden. Gemeinsames Lernen von Anfang an ist ein wichtiges Element des sozialen Zusammenhalts und der Chancengerechtigkeit.

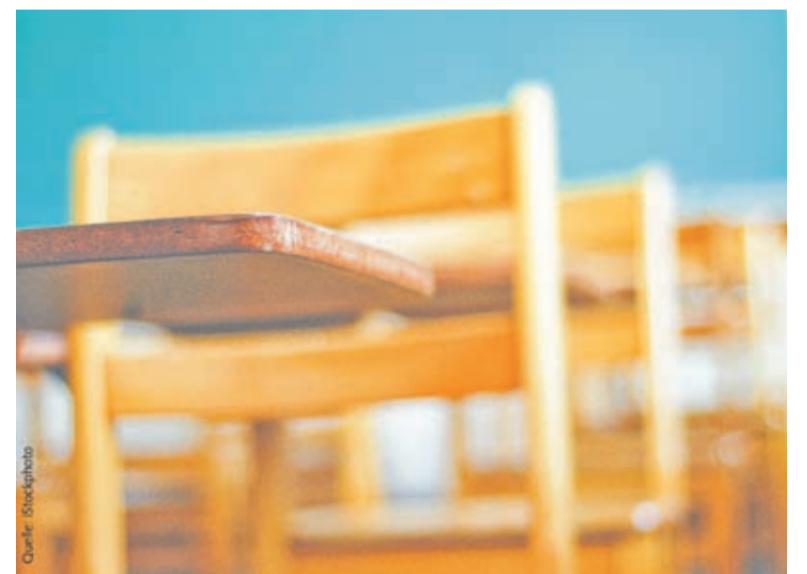
Alle Kinder haben Anspruch auf eine gute Schule. Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass unsere Schulen Schritt für Schritt zu inklusiven Schulen werden, in denen Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam lernen. Vorbehalte gegenüber der Inklusion können mit gezielter Information abgebaut werden.

Wir Grünen wollen die Aufteilung in Gymnasium, Real-, Haupt bzw. Oberschulen sowie Förderschulen in der Sekundarstufe I überwinden. Unser Ziel ist eine neunjährige gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler. Wir fordern daher die Weiterentwicklung der Schulen insgesamt zu integrierten Gesamtschulen sowie die Einrichtung eines Schulversuches für ein gemeinsames Lernen in den ersten neun Schuljahren.

Ganztagsschulen stellen eine Schulform dar, die im Zuge der Diskussion um Chancengerechtigkeit in ihrer Verbreitung zunimmt. Ganztagsschulen verschränken Freizeit und Unterrichtszeit. Sie ermöglichen verlässliche Betreuungszeiten für Kinder, das Angebot eines gesunden Mittagessens, eine professionelle Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote für Schülerinnen und Schüler verschiedener Leistungsstufen sowie soziale Förderung. Langfristig fordern wir die Ganztagsschule, weil sie besonders geeignet für die Förderung der Kinder und Jugendlichen ist.

Wir setzen uns ein für:

- die Entwicklung moderner pädagogischer Konzepte z. B. zum altersgemischten Lernen, zur Inklusion und bedarfsgerechten Förderung
- die Einrichtung weiterer Ganztagsschulen, damit alle Schülerinnen und Schüler, die es wünschen, ein Angebot in erreichbarer Nähe nutzen können
- die Ausstattung der Ganztagsschulen mit adäquatem Lehr- und Lernmaterial und Freizeitangeboten



- mehr Lehrerbearbeitungsplätze an Schulen, die Lehrpersonen eine längere Präsenz an ihrem Arbeitsplatz ermöglichen
- die Unterstützung von Elterninitiativen bei der ehrenamtlichen Mithilfe
- die Beteiligung der Kommune an Betrieb und Unterhalt von Mensen und Versorgungseinrichtungen, falls das Land seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nicht nachkommt
- solange keine verpflichten-

den Ganztagsschulen durch das Land eingeführt werden, für den Erhalt und Ausbau der Horte und sonstiger Betreuungsmöglichkeiten (betreuer Mittagstisch, Hausaufgabenhilfe, Ferienbetreuung) und deren finanzielle Förderung durch die Stadt Oldenburg

**Andrea Hufeland**,  
Wahlbereich 6, Listenplatz 1  
**Maren Niehuis**  
Wahlbereich 5, Listenplatz 3

## BÜRGERBETEILIGUNG

**Bürgerinnen und Bürger wollen mitentscheiden – nicht nur am Wahltag**

Olantis, ECE, Fliegerhorst, Donnerschwer Kasernen – es gibt in Oldenburg zahlreiche Beispiele dafür, dass es sinnvoll ist, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger abzufragen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Um Formen direkter Demokratie auch in unserer repräsentativen Demokratie als selbstverständliche bürgerorientierte Politik, die sich tatsächlich einem Gemeinschaftsvotum verpflichtet fühlt, etablieren zu können, müssen angemessene Modelle gefunden werden. Wenn Entscheidungen im Interesse der Gemeinschaft zu fällen sind, dann darf Bürgerbeteiligung nicht darauf reduziert werden, Anregungen und Bedenken einzuzureichen. Bei Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheiden müssen sich gewählte Vertreterinnen und Vertreter mit der Bevölkerung



auf den Weg der Entscheidungsfindung machen. Besonderes Interesse genießen hierbei die so genannten »Planungszellen«, Bürgerhaushalte und Zukunftskonferenzen.

Zurück nach Oldenburg. Nehmen wir das Beispiel Weser-Ems-Halle. Das auch in unserer Partei kontrovers diskutierte 38-Millionen-Euro-Projekt wird als ein für die Gemeinschaft absolut notwendiger Teilneubau verkauft, dessen infrastruktureller Wert sehr hoch zu bemessen sei.

Warum, so darf man im Zusammenhang mit Gemeinschaftsinteressen fragen, werden dann sämtliche Vorabgespräche und Entscheidungen in nicht-öffentlichen Gremien verhandelt? Denn wenn die Gemeinschaft die Weser-Ems-Halle als Wirtschaftsfaktor und Veranstaltungsgebäude für unverzichtbar hält, hätte sie doch jedwede öffentliche Diskussion unterstützt.

Daher benötigen wir in der Zukunft Mehrheiten, die in der Lage sind, das Wissen und die Kompetenz nicht-gewählter Vertreterinnen und Vertreter in eine moderne politische Teilhabe einfließen zu lassen, und die eine Auseinandersetzung nicht scheuen.

**Sebastian Beer**

Wahlbereich 1, Listenplatz 1

**Susanne Menge**

Wahlbereich 1, Listenplatz 2

**Sinje Eichner**

Wahlbereich 3, Listenplatz 2

## DATENSCHUTZ & BÜRGERRECHTE

**... braucht es auch in Oldenburg – dafür treten wir am 11. September bei der Kommunalwahl an**



Wir Bündnisgrüne kämpfen gegen verdachtsunabhängige Überwachung, insbesondere im Bereich der Videoüberwachung, wie sie vor zwei Jahren im Bereich des Lappan vom Land Niedersachsen installiert wurde. In der Politik unserer Stadt gab es nur wenige Befürworter für dieses Projekt, umgesetzt wurde es von Innenminister Schönemann (CDU) trotzdem. Wir sind davon überzeugt, dass diese Systeme lediglich eine Verlagerung der Straftaten zur Folge haben, nicht ihre Vermeidung. Vor allem aber können Kameras potentiellen Opfern, in dem Moment wo es nötig wäre, keine Hilfe leisten. Deswegen befürworten wir alternativ eine stärkere Polizeipräsenz und unterstützen jede Form der gewaltpräventiven Arbeit in den verschiedensten Bereichen. Wir Bündnisgrünen stehen für eine offene und

tolerante Stadt des Zusammenlebens. Die kürzlich umgesetzte Sperrstunde zwischen 5 und 7 Uhr morgens werden wir sorgfältig analysieren und bewerten.

Auch Datenschutz wird bei uns groß geschrieben. In der Kommunalpolitik ist uns an dieser Stelle ein Punkt sehr wichtig: die Verwaltung verfügt über bestimmte Daten von uns, die sogenannten Einwohnermeldedaten. Diese können, beispielsweise von Kirchen, Rundfunkanstalten oder politischen Parteien angefragt werden, ohne dass der betroffene Bürger dazu sein Einverständnis erteilt hätte. Wir möchten die Verwaltung beauftragen, alle Bürgerinnen und Bürger aktiv darüber aufzuklären, dass diese Daten weiterverkauft werden und dass es eine Möglichkeit gibt, dieser Weitergabe zu widersprechen. Wir alle bekommen täglich genügend Werbung per Post und Spam in unser E-Mail Postfach – da muss nicht auch noch die Verwaltung munter unsere Daten verteilen. Wer dieser Datenweitergabe für sich selbst gleich widersprechen möchte, sucht auf der Homepage der Stadt Oldenburg nach dem Wort „Übermittlungssperre“. Formular ausfüllen, beim Bürgerbüro abgeben, schon ist die Datenweitergabe beendet.

**Krister-Benjamin Schramm**

Wahlbereich 2, Listenplatz 2

**Tim Peters**

Wahlbereich 6, Listenplatz 4

## GRÜNE LISTE

**KRISTER-BENJAMIN SCHRAMM**  
WAHLBEREICH 2, LISTENPLATZ 2



Der Sozialwissenschaftler Krister-Benjamin Schramm (31) bringt aus der letzten Ratsperiode nachhaltige Erfolge und Erfahrungen mit. Sein Hauptaugenmerk gilt der Sozialpolitik. Die demographische Herausforderung, Kinder- und Jugendbeteiligung, das Projekt für legales Graffiti-Sprayen, Inklusion oder die dezentrale Flüchtlingsunterbringung beschäftigten ihn gleichermaßen. In Gremien wie dem Runden Tisch »Offene Altenhilfe« oder dem Oldenburger Nachhaltigkeitsrat ist er nah dran an lokalen Zukunftsthemen und den Belangen der Bürgerinnen und Bürger. Ebenso beschäftigt er sich mit Stadtplanungsfragen.

[krister-benjamin.schramm@gruene-oldenburg.de](mailto:krister-benjamin.schramm@gruene-oldenburg.de)

**SINJE EICHNER**  
WAHLBEREICH 3, LISTENPLATZ 2



Ein Leben lang zur Schule gehen? Für viele unvorstellbar. Sinje Eichner (20) verfolgt dieses Ziel. Die Studentin der Sozialwissenschaften und Geschichte für das Realschullehramt möchte sich für eine gerechte und demokratische Beschulung aller einsetzen. Als ehemalige Schülerin einer Integrierten Gesamtschule ist die Inklusion ihr oberstes Ziel. Die Arbeit bei der Grünen Jugend hat sie für die Belange Jugendlicher sensibilisiert, sodass sie sich neben der Beteiligung aller Oldenburgerinnen und Oldenburger bei kommunalen Themen, besonders für die Partizipation junger Menschen engagieren möchte.

[sinje.eichner@gruene-oldenburg.de](mailto:sinje.eichner@gruene-oldenburg.de)

**OLIVER SCHMALE**  
WAHLBEREICH 6, LISTENPLATZ 2



Als alteingesessener Oldenburger und passionierter Fahrradfahrer möchte der Technische Hauswart und Verkaufsfachmann Oliver Schmale (42) vor allem den Umweltschutz der Stadt vorantreiben und dabei die Attraktivität seiner Heimat stärken. Erfahrung sammelte er bereits in diversen Organisationen wie Aktion Fischotterschutz e.V., Bündnis Lebenswerte Innenstadt oder Verein für Verkehrsgeschichte Oldenburg e.V. In der kommenden Ratsperiode möchte er sich weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt einsetzen und dabei dem Umwelt- und Denkmalschutz gerecht werden.

[oliver.schmale@gruene-oldenburg.de](mailto:oliver.schmale@gruene-oldenburg.de)

**JÜRGEN DIEKMANN**  
WAHLBEREICH 4, LISTENPLATZ 2



Der gelernte Kaufmann zeichnet sich durch langjähriges intensives Engagement bei Bündnis 90/Die Grünen aus. Als aktiver Wahlkämpfer bei der vergangenen Europa- und Bundestagswahl konnte Jürgen Diekmann (46) sein politisches Profil ausbilden. Sein Interesse liegt in der Ökonomie. Besonders eingesetzt hat er sich im Rahmen der Konzessionsverträge. Transparenz und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind ihm ein besonderes Anliegen. Diese Themen werden sollen ihn auch in die neue Ratsperiode hinein begleiten.

[juergen.diekman@gruene-oldenburg.de](mailto:juergen.diekman@gruene-oldenburg.de)

## INTEGRATION IN OLDENBURG

**Für eine offene und tolerante Gesellschaft in Oldenburg**

Menschen mit Migrationshintergrund gehören in unsere Stadt. Alle, die hier leben, egal welcher Herkunft, sollen sich in Oldenburg wohlfühlen. Deswegen ist Integration, der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichen Rahmen mit sozialer Chancengleichheit, Bildung und kultureller Selbstbestimmung, entscheidend um Exklusion zu verhindern.

Wir Grüne verstehen Integration als einen wechselseitigen Prozess, nicht als die einseitige Anpassung der Migrantinnen und Migranten. Sowohl die Aufnahmegesellschaft, einschließlich ihrer Institutionen, Einrichtungen und Angebote, als auch die Zuwanderer müssen sich aktiv am Prozess der Integration beteiligen.

Integration in eine Gesellschaft erfolgt vor allem über Erwerbsarbeit. Arbeitslosigkeit trifft aber Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich. Wir Bündnisgrüne wollen durch eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation die Lage von Menschen mit Migrationshintergrund verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst früh die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg geschaffen werden. Wir fordern eine kostenlose Kita-

und Kindergartenbetreuung. Dies kann die Kommune jedoch weder finanzieren noch gesetzlich verankern. Wir setzen uns deswegen gegenüber Land und Bund entschieden für dieses Ziel ein. Außerdem kommt das von uns geforderte Schulmodell besonders Kindern mit Migrationshintergrund zugute. Die Chancen, einen besseren Schulabschluss zu machen, steigen durch die gezielte Förderung in einer Ganztagschule.

Kenntnisse der deutschen Sprache sind im Zusammenhang mit Integration von zentraler Bedeutung. Ohne sie ist die Einbindung in Ausbildung und Beruf nicht möglich. Da die Beherrschung der Muttersprache das Lernen einer anderen Sprache erleichtert, müssen wir auch vermehrt die Kenntnisse der Migrantinnen und Migranten in ihrer Muttersprache stärken.

Wir wollen Migrantinnen und Migranten dazu ermutigen, sich für ihre, aber auch für allgemeine Belange einzusetzen. Auch nicht eingebürgerte Migrantinnen und Migranten müssen Möglichkeiten zur gesellschaftspolitischen Beteiligung haben. Partizipationsmöglichkeiten ergeben sich z.B.

bei der Elternarbeit in Schulen und Kitas, bei der Mitgestaltung von Arbeitsplätzen in Betrieben oder bei migrationspolitischen kommunalen Entscheidungen. Deswegen unterstützen wir auch das Oldenburger Forum für Migration und Integration, einem Zusammenschluss von über 20 Institutionen aus dem Bereich der Migrantenselbstorganisationen, der Sozialen Träger und verschiedener Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule oder der Universität.

Die Ausbildung von Integrationslotsen, die andere Migrantinnen und Migranten in schwierigen Situationen unterstützen, ist ein Erfolgsmodell, das wir weiter unterstützen wollen. Durch die Mehrsprachigkeit der Lotsen, ihre rechtlichen Kenntnisse können sie anderen Migrantinnen und Migranten weiterhelfen. Problematisch ist allerdings, dass die Integrationslotsen bisher rein ehrenamtlich arbeiten.

Darüber hinaus begrüßen wir die Schließung des Flüchtlingslagers in Oldenburg-Blankenburg. Kommunale Gemeinschaftsunterkünfte sind keine menschenwürdige Unterbringungsform für Flücht-

linge. Wir fordern stattdessen die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen des Oldenburger Stadtgebiets. Auch die jetzt vorgesehene Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Fliegerhorstgelände ist nicht hinnehmbar. Sie darf nur eine kurzfristige Übergangslösung sein, die schnellstmöglich von einer dezentralen Unterbringung abgelöst ist.

Wir stellen uns gegen den strukturellen Rassismus in der Flüchtlingspolitik und die Praxis Flüchtlinge wie Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Diskriminierung von Flüchtlingen durch Lagerunterbringung, Residenzpflicht und durch das Asylbewerberleistungsgesetz lehnen wir ab. Unmenschliche Praktiken wie Ketenduldungen, Abschiebungen, Abschiebehaf und die Politik der Repression und Kontrolle darf es nicht mehr geben. Im Gegenzug brauchen wir ein Bleiberecht für Flüchtlinge. Insgesamt ist Migration eine Bereicherung für unsere Stadt. Deswegen setzen wir uns für eine offene und tolerante Gesellschaft in Oldenburg ein!

**Annelen Meyer**

Wahlbereich 2, Listenplatz 1

**WIR MACHEN DAS KLAR.**



## Von Parkplätzen, Fahrrädern und Lärm

### HANNAH DASECKE WAHLBEREICH 5, LISTENPLATZ 2



Nicht für die Schule, sondern für das Leben soll gelernt werden. Hannah Dasecke (27) möchte die Vernetzung von Schule und dem »wahren Leben« vorantreiben. Die Referendarin für das Lehramt an Gymnasien sieht die Heranführung von Kindern und Jugendlichen an kulturelle und kommunale Themen als elementar für die Schulbildung. Als werdende Mutter kennt sie die Sorgen und Nöte junger Familien zum Beispiel in Bezug auf Wohnraum- und Versorgungsgpässe in Betreuungseinrichtungen. Entsprechend möchte sie in der nächsten Ratsperiode aktiv gegen diese Missstände angehen.

[hannah.dasecke@gruene-oldenburg.de](mailto:hannah.dasecke@gruene-oldenburg.de)

### KURT BERNHARDT WAHLBEREICH 1, LISTENPLATZ 3



Energiegeladen startet Fraktionsvorsitzender Kurt Bernhardt (52) in den Wahlkampf seiner Oldenburger Grünen. Energie – genau das ist schon seit langem sein Thema. Sei es der Gaspreistreit mit der EWE oder das Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt – Kurt Bernhardt hat sich in all diesen Belangen für die Interessen der Oldenburgerinnen und Oldenburger und gleichwohl für die Nachhaltigkeit eingesetzt. Des Weiteren macht er sich massiv für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt an der Energiewende zum Beispiel durch Bürgersolaranlagen oder private Wärmedämmung stark.

[kurt.bernhardt@gruene-oldenburg.de](mailto:kurt.bernhardt@gruene-oldenburg.de)

### RITA SCHILLING WAHLBEREICH 2, LISTENPLATZ 3



Was Kinder brauchen ist Betreuung, Erziehung und Bildung. Sie findet in den Familien statt sowie in den Kindertagesstätten und Schulen. Je besser das Angebot, desto eher sind Familien in der Lage, den Anforderungen des Alltags gerecht zu werden. Sich für den Ausbau von Krippen und Hortplätzen einzusetzen, war darum schon in den vergangenen Jahren ein Anliegen unserer Ersten Bürgermeisterin Rita Schilling (58). Dafür, für eine stärkere Kinder- und Jugendbeteiligung und für eine Finanzpolitik, die künftigen Generationen nicht die Luft zum Atmen nimmt, wird sie sich auch in Zukunft einsetzen.

[rita.schilling@gruene-oldenburg.de](mailto:rita.schilling@gruene-oldenburg.de)

## Impressum

Herausgegeben von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Stadtverband Oldenburg  
Friedensplatz 4  
26122 Oldenburg

V.i.S.d.P.: Thorsten Duhn

Internet: [www.oldenburg-wählt-grün.de](http://www.oldenburg-wählt-grün.de)  
[www.gruene-oldenburg.de](http://www.gruene-oldenburg.de)

E-Mail: [info@gruene-oldenburg.de](mailto:info@gruene-oldenburg.de)

Redaktion: Hannah Dasecke, Sinje Eichner,  
Thorsten Duhn

Gestaltung und Umsetzung:  
KOMPAKTMEDIEN –  
Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin

Druck: Druck- und Verlagshaus Hagen-Bathey

Oldenburg ist eine wachsende Stadt. Das bedeutet auch eine Zunahme des Straßenverkehrs und der damit verbundenen Belastungen hinsichtlich Lärm und Emissionen. Kaum ein anderes Thema stößt auf solch heftige Diskussionen wie Veränderungen in der Förderung oder Nichtförderung des motorisierten Individualverkehrs. Dabei ist klar, dass die von der Bundesregierung formulierten Klimaschutzziele ohne Veränderung und Reduzierung des PKW- und LKW- Verkehrs nicht erreicht werden können.

Wie schwer solche Veränderungen jedoch sind, zeigte sich, als wir Bündnisgrünen, einem Antrag aus dem Bürgerhaushalt folgend, eine – sehr moderate – Erhöhung der Parkplatzgebühren am Rande der Innenstadt durchsetzten. Die Reaktion war ein Aufschrei der Lobbygruppen, als ob deswegen Oldenburgs Geschäfte pleitegehen würden. Wenn wir uns gegen die Zunahme von Parkhäusern und Parkplätzen im Innenstadtbereich aussprechen, gibt es ähnliche Reaktionen. Nach wie vor ist der Trend des motorisierten Individualverkehrs ungebrochen und es erfordert viel Mut und Durchhaltevermögen sich dem entgegenzustellen. Wir wollen eine Verkehrswende, die nicht von oben verordnet, sondern mit angemessenen Maßnahmen und nach ausführlichen Diskussionen mit den Oldenburger Bürgerinnen und Bürgern durchgesetzt wird. Deswegen im Folgenden einige unserer Ziele für die nächste Ratsperiode:

1. Keine neuen Parkplätze für den Innenstadtbereich, stattdessen Rückbau von Parkplätzen zugunsten von Fahrradstellflächen.

2. Das ÖPNV-Angebot verbessern, um Stadtteile direkt zu verbinden.

3. Das flächendeckende Gebot von 30 km/h in den Wohngebieten durchsetzen und dort, wo es die Anwohner wollen, auch durch bauliche Maßnahmen verbessern (hier haben wir in der letzten Ratsperiode Anwohnerinitiativen unterstützt, zum Beispiel am Hörneweg in Bloherfelde oder mit der Initiative Festungsgraben in Osterburg).

4. Radwege weiter ausbauen. Es ist dabei nicht immer notwendig teure Radwege anzulegen, das Beispiel des Radfahrstreifens am Johann-Justus-Weg zeigt, dass kosten- und verkehrsgünstige Lösungen möglich sind. Das Ziel der Gesetzgebung auf Bundesebene ist es, den Radverkehr in die Straße zu integrieren und so zu beschleunigen.

5. Verbesserung der Situation für Fußgänger: Dort wo es räumlich möglich ist, Trennung von Rad- und Fußwegen, Barrierefreiheit an Straßenübergängen und anderen Hindernissen. Besonders in einer älter werdenden Stadtgesellschaft ist es wichtig, die kurzläufigen Fußwege in den Stadtteilen zu verbessern. Hier sind wir auf Ihre Mithilfe und Anregungen angewiesen, um zeitnah Verbesserungen zu erreichen.

6. Förderung von Car-Sharing-Konzepten. Die Parkplatzbereitstellung dafür muss weiter ausgebaut werden.

### Eine gemeinsame Planung mit den Umlandgemeinden

Das bisherige Park + Ride-Konzept scheiterte, da die Parkplätze zu nahe am Rand der Innen-



stadt liegen. Attraktive Konzepte unter Einbeziehung von Bahn- und Busverkehr müssen weiträumig schon vor den Stadtgrenzen beginnen. Betriebe und Behörden sollten Anreize schaffen, damit diese Modelle angenommen werden. Es müssen nicht für jede Firma, Landes- und Bundesbehörde Parkplätze am Rand der Innenstadt subventioniert bereitgehalten werden.

### 20. Mai 2012 – Erster autofreier Sonntag

Grüne Ratspolitik hat durchgesetzt, dass Oldenburg am 20. Mai 2012 einen ersten autofreien Sonntag abhalten wird. Die Aktionen an diesem Tag sollen von den Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen organisiert werden. Der Grundgedanke einer veränderten Mobilität und der damit einhergehenden Lebensqualität kann mit Spaß den Tag gestalten.

Die Verkehrssituation in Oldenburg ist nur durch eine Verhaltensänderung von uns allen zu erreichen. Viele Wege unter 2 km Wegstrecke werden oft mit dem Pkw zurückgelegt und belasten so

die Umwelt. Allein wenn wir die Zahl dieser Kurzstreckenfahrten reduzieren, würde der Verkehr in den Wohngebieten und Stadtteilen erheblich entlastet.

### Autobahnen in der Stadt

Oldenburg ist eine Stadt, die vom Durchgangsverkehr erheblich betroffen ist. Die Belastung durch Lärm und Emissionen durch den Autobahnverkehr sind groß. Hier gilt es durch Einsatz von neuem Straßenbelag (Flüsterasphalt) und Geschwindigkeitskontrollen (und deren Überwachung!) eine Lärminderung zu erreichen und durch verbesserte Abgasnormen Emissionen zu reduzieren. Auch hier – nicht nur bei der Bahn – kommen mit dem Jade-Weser-Port neue Belastungen auf uns zu. Auch wenn auf das Thema Autobahn nicht unmittelbar durch kommunale Entscheidungen einzuwirken ist, wollen wir uns auf Bundes- und Landesebene für die oben genannten Ziele einsetzen.

**Rolf Grösch**  
Wahlbereich 3, Listenplatz 4

## JEDE UND JEDER KANN MITMACHEN

### Einmal die Grünen gewählt – und dann?

Wie im ganzen Land haben Bündnis 90/Die Grünen auch in Oldenburg in den vergangenen Monaten einen kräftigen Zulauf an neuen Mitgliedern erfahren. Das ist gut so. Denn das gibt den »Neuen« die Möglichkeit, Politik mitzugestalten. Es macht uns gemeinsam stark, die Stadt vor noch mehr Autobahn- und Bahnlärm, Fehlinvestitionen und Parkhäusern zu bewahren. Dabei kann jeder mithelfen – durch seine Stimme bei der Stadtratswahl am 11. September. Aber auch durch eine Mitgliedschaft oder die Mitarbeit bei den Oldenburger Grünen.

### Politik selber machen

Fast jeden Montag bieten wir Diskussionen zu politischen Themen an, die uns beschäftigen. Ob Stadt-, Landes- oder Bundespolitik, Atomkraft, Soziales oder Finanzen – die Vielfalt des politischen Lebens kommt in unseren Montagsrunden auf den Tisch. Nach den Sommerferien geht es wieder los, immer montags, 20 Uhr, in unserer Geschäftsstelle am Friedensplatz. Jede und Jeder ist willkommen, egal ob Experte, Laie oder einfach nur neugierig.

Jeden Monat versenden wir einen Rundbrief mit unseren Themen und Terminen – an unsere Mitglieder, aber auch an alle, die sich eine Mitgliedschaft bei den



Grünen noch überlegen wollen. Gerne nehmen wir Sie, gerne nehmen wir Dich, in unseren Verteiler auf.

### Junge Ideen, Debatten, Aktionen

Junge Leute bis 27, die sich politisch engagieren möchten, sind bei der Grünen Jugend richtig. Die Grüne Jugend trifft sich jeden Dienstag, 19 Uhr, in der Grünen-Geschäftsstelle am Friedensplatz, um zu diskutieren und Aktionen vorzubereiten.

Es gibt viele Gründe, sich bei den Grünen zu engagieren. Und es gibt viele Möglichkeiten. Wir freuen uns auf Euch!

## DU WILLST MEHR?

Sende das ausgefüllte Formular bitte an:  
BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, Stadtverband Oldenburg  
Friedensplatz 4, 26122 Oldenburg, E-Mail: [info@gruene-oldenburg.de](mailto:info@gruene-oldenburg.de).

- Ja**, ich möchte über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten der Grünen bei mir vor Ort informiert werden.
- Ja**, ich möchte Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden. Schickt mir bitte die notwendigen Unterlagen an meine Postadresse.

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_



Die Daten werden ausschließlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Zusendung der Mitgliedsantragsunterlagen verwendet. Diese Bekundung stellt noch keine Erklärung einer Mitgliedschaft bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dar.

WIR MACHEN DAS KLAR.

**GRÜNE**

